

V2538 Dringliche Motion (GPK) "Grundlagen für die Direktionsreform schaffen"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Der Gemeinderat erarbeitet einen Bericht mit einer Übersicht über alle Schnittstellen zwischen den Abteilungen der Gemeindeverwaltung. Aus der Übersicht geht hervor, wie häufig und mit welchem Aufwand die Schnittstellen genutzt werden.

Der Gemeinderat legt dem Parlament den Bericht spätestens zusammen mit der vom neuen Gemeinderat angekündigten Revision des Verwaltungsorganisationsreglements vor.

Begründung

Die letzte grosse Direktionsreform wurde im Jahr 2010 in Kraft gesetzt, als die Anzahl Gemeinderatsmitglieder von sieben auf fünf verkleinert wurde. In den letzten zehn Jahren wurden wiederholt Vorstösse eingereicht, die auf eine erneute Direktionsreform abzielten. Die ersten beiden Vorstösse (Motion V1603 und Motion V1725) wurden vom Parlament abgelehnt.

Die Motion V2127 («Eine moderne Gemeinde braucht eine adäquate, schlanke, effiziente und kostengünstige Verwaltungsstruktur») wurde hingegen erheblich erklärt. Diese Motion beinhaltete die Erarbeitung eines Plans mit sechs Zielen. Eines der Ziele war eine Direktionsreform («Anpassung der Strukturen an die aktuellen Bedürfnisse der Gemeinde»). Dieses Ziel aber verwarf der Gemeinderat recht früh im Umsetzungsprozess. Der Gemeinderat beschränkte sich auf eine Verwaltungsreform, also eine Steigerung von Effizienz und Effektivität der Verwaltungsprozesse. Mit der Verwaltungsreform wurde wertvolle Arbeit geleistet. Betreffend Direktionsreform aber blieb alles beim Alten.

Im Wesentlichen besteht die heutige Direktionsaufteilung mittlerweile seit 16 Jahren. Wie der Gemeinderat schon im Zwischenbericht zur Umsetzung von Motion V2127 festhielt, ist eine Direktionsreform «primär eine politische Frage». Der Gemeinderat begründete seinen Entscheid, keine Direktionsreform durchzuführen, mit einem «Benchmark zur Organisationsstruktur von mit Köniz vergleichbaren ausgewählten Gemeinden».

Am 18. November 2025 publizierte der neu gewählte Gemeinderat eine Medienmitteilung, in der festgehalten wurde, dass die Finanzabteilung und die Planungsabteilung die Plätze tauschen sollen. Damit stellt der neue Gemeinderat in Aussicht, nun doch eine Direktionsreform zu befürworten. Ob und wie die Direktionsreform umgesetzt wird, liegt in der Kompetenz des Parlaments.

Nach den Gesamterneuerungswahlen vom 28. September 2025 besteht der neue Gemeinderat aus fünf Mitgliedern, die alle potenziell 12 Jahre im Gemeinderat bleiben können. Die Geschäftsprüfungskommission ist der Ansicht, dass damit der richtige Zeitpunkt für eine Direktionsreform gekommen ist. Erstens, weil die letzte Direktionsreform 15 Jahre her ist und sich die Verwaltung seither weiterentwickelt hat. Zweitens, weil der neue Gemeinderat Offenheit für eine Direktionsreform zeigt. Und drittens, weil sich der neue Gemeinderat genug Zeit für dieses Projekt nehmen kann.

Aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission ist es aber unerlässlich, dass dem Parlament für den von ihm zu fällenden Beschluss fundierte Entscheidungsgrundlagen vorgelegt werden. Zu diesem Zweck soll der Gemeinderat einen Bericht erarbeiten. Der verlangte Bericht soll mindestens auf folgende Fragen Antwort geben;

1. Welche Schnittstellen bestehen zwischen den Abteilungen?
2. Wie häufig wird über diese Schnittstellen direktionsübergreifend zusammengearbeitet?
3. Wie viel Mehraufwand generiert diese Zusammenarbeit, weil die beiden miteinander kommunizierenden Abteilungen nicht in der gleichen Direktion angesiedelt sind?
4. Gibt es noch weitere relevante Faktoren, die für einen Verbleib oder für einen Wechsel der Abteilung in einer Direktion sprechen?

Diese vier Fragen sollen für sämtliche Abteilungen beantwortet werden.

5. Wie ausgewogen ist die Verteilung der Aufgaben auf die Direktionen?
6. Welches sind die Vor- und Nachteile der Vorgaben zur Organisationsstruktur in GO und VOR, über die der Gemeinderat nicht selbst bestimmen kann? Ist die Flexibilität heute ausreichend?

Begründung Dringlichkeit

Der Bericht soll zusammen – oder vorgängig – mit der vom Gemeinderat angekündigten Revision des Verwaltungsorganisationsreglements dem Parlament vorgelegt werden. Dies hat der neu gewählte Gemeinderat bereits für Sommer 2026 angekündigt. Deshalb muss die vorliegende GPK-Motion dringlich behandelt werden.

Eingereicht

01.12.2025

Unterschrieben von 21 Parlamentsmitgliedern

Monika Röthlisberger, Toni Eder, Janka Hamm, Sandra Röthlisberger, Isabelle Steiner, Casimir von Arx, Christine Müller, Florian Moser, Roland Akeret, Andrea Winzenried, Fabienne Marti Locher, Laura Hoffman, Roger Tanner, Sladjan Petrovic, Sara Gasser, Arlette Mürner, Andreas Hauser, Roland Hofer, Reto Zbinden, Matthias Müller, Katja Streiff

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor (Beilage 1 Motionsprüfung vom 12. Dezember 2025).

2. Bericht

In der Vergangenheit wurde die Aufgabenteilung der Direktionen mehrfach im Gemeinderat und im Parlament thematisiert. Der neu gewählte Gemeinderat hat diese Frage im Rahmen der Direktionszuteilung an der konstituierenden Sitzung ebenfalls diskutiert und beschlossen, die Aufgaben Finanzen und Planung im Wechsel der jeweils anderen Direktion zuzuordnen. Die Finanzen sollen somit neu der bisherigen Direktion Planung und Verkehr unter der Leitung von Dominic Amacher zugeordnet werden, die Planung soll neu zur Präsidialdirektion unter der Leitung von Gemeindepräsidentin Tanja Bauer gehören. Der neu gewählte Gemeinderat ist der Ansicht, dass der Beginn der Legislatur mit drei neuen Mitgliedern der richtige Zeitpunkt ist, diese Anpassung vorzunehmen.

Eine Trennung des Präsidiums und der Finanzen ist nach Ansicht des neu gewählten Gemeinderats für eine längerfristige Stabilisierung und breitere Abstützung sinnvoll. Die Zuordnung der Planung zum Präsidium soll die Ausgewogenheit und die langfristige Entwicklung der Gemeinde gewährleisten; auch andere grosse Berner Gemeinden haben in den letzten Jahren diesen Wechsel vorgenommen. Von einer grösseren Direktionsreform sieht der neugewählte Gemeinderat ab, da der Nutzen kaum vorhanden und der Zusatzaufwand unverhältnismässig wäre.

Da die Aufgaben der Direktionen im Verwaltungsorganisationsreglement (VOR) festgelegt sind, wird der neu gewählte Gemeinderat diese Anpassung dem Parlament mittels Antrags zur Anpassung des VOR zum Beschluss vorlegen.

Mit der vorliegenden Motion wird verlangt, dass der Gemeinderat parallel zum angekündigten Antrag zur Anpassung des VOR einen Bericht mit einer Übersicht über die Schnittstellen zwischen den Abteilungen der Gemeindeverwaltung erarbeitet, in dem auch hervorgeht, wie häufig

und mit welchem Aufwand die Schnittstellen genutzt werden. In der Motionsbegründung sind hierzu zudem mehrere konkrete Fragen formuliert.

Der neu gewählte Gemeinderat plant, die angestrebte Änderung des VOR dem Parlament im 1. Semester 2026 vorzulegen. Im Geschäft sollen die Begründungen näher erläutert werden. Der Gemeinderat ist gerne bereit, parallel dazu dem Parlament einen Bericht zu den Schnittstellen in der Verwaltung vorzulegen, bei welchem er auch die in der Motionsbegründung aufgeführten Fragen - angesichts des engen Zeitrahmens in einem angemessenen Rahmen und Umfang - beantwortet.

3. Finanzen

Für die Arbeiten zur Erstellung des Berichts müsste aufgrund der kurzen Fristen externe Unterstützung beigezogen werden. Hierfür muss mit zusätzlichen Kosten von ca. CHF 15'000 gerechnet werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Richtlinienmotion wird erheblich erklärt.

Köniz, 07.01.2026

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 12. Dezember 2025



Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin
T 031 970 92 02
cornelia.rauch@koeniz.ch

Köniz, 12. Dezember 2025 rc

V2538 Dringliche Motion (GPK) "Grundlagen für die Direktionsreform schaffen"
Formelle Prüfung der Motion

Gemäss der gemeinderätlichen Weisung 0.3 A 7 prüft der Gemeindeschreiber, ob der Gegenstand von eingereichten Motionen im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt. In diesem Fall käme einer Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Die reglementarische Grundlage in Art. 53 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Parlamentes:

Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Soweit der Gegenstand der Motion in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, einen Bericht mit einer Übersicht über alle Schnittstellen zwischen den Abteilungen der Gemeindeverwaltung zu erarbeiten. Aus der Übersicht geht hervor, wie häufig und mit welchem Aufwand die Schnittstellen genutzt werden.

Der Gemeinderat legt dem Parlament den Bericht spätestens zusammen mit der vom neuen Gemeinderat angekündigten Revision des Verwaltungsorganisationsreglements vor.

Die Erarbeitung des geforderten Berichts gehört zu den allgemeinen Zuständigkeiten und Führungsaufgaben des Gemeinderats.

Fazit: Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin